



## Niederschrift

**über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 12/2003-2008 am 21.11.2005  
im Sitzungszimmer 1.22 des Rathauses**

---

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 21.20 Uhr**

### **Anwesend:**

Ausschussvorsitzender	Wilfried Wengler
stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth von Bressendorf (f. AM Robin Miethe)
Ausschussmitglied	Holger Hoffmann
"	Gudrun Hohn
stellv. Ausschussmitglied	Edda Lessing (f. AM Hans-Detlev Bruhn)
Ausschussmitglied	Annette Marquis
"	Thea Rahl
"	Claudia Schmidt
"	Moiken Silberbauer
"	Joachim Süme, zugleich als Bürgervorsteher
"	Hans-Joachim Werner
seitens der Verwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast Annegret Horn, Gleichstellungsbeauftragte Andrea Müller als Protokollführerin Anja Riemer, Sachgebietsleiterin "Bildung, Jugend und Freizeit" Jens Richter, büroleitender Beamter Dr. Ulrike Riemenschneider, Verwaltungsangestellte
als Gast zu TOP 4	Herr Dr. Jochen Brems Geschäftsführer der VHS
als Gast zu TOP 5	Herr Thomas Behrendt
als Gäste zu TOP 6	Frau Rektorin Margot Hillebrenner Herr Oberstudiendirektor Michael Höpner

### **Tagesordnung:**

- 1. Verpflichtung eines nicht der Gemeindevertretung angehörenden Ausschussmitgliedes**
- 2. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 11/2003-2008 am 22.08.2005**
- 4. Zuschuss für ein Musical - Antrag der VHS -**
- 5. Kunst im öffentlichen Raum**



- 6. Finanzielle Förderung besonders begabter Schüler der Sekundarstufe**
- 7. Durchführung der Schulbaumaßnahme Grundschule Ulzburg-Süd**
- 8. Änderung der Satzung über die Benutzung öffentlicher Einrichtungen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg sowie über die Erhebung von Benutzungsgebühren**
- 9. Finanzielle Förderung der ATS-Suchthilfe**
- 10. Anhebung der Zuschüsse für Jugenderholungs- und –freizeitmaßnahmen und der Jugendgruppenleiterentschädigung sowie Änderung der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit**
- 11. Bau einer Street-Fußball-Anlage**
- 12. Genehmigung einer Lautsprecheranlage im Sportpark des MTV**
- 13. Änderung der Kulturförderrichtlinien**
- 14. Ausbildungsbetreuungssprechstunde**
- 15. Bericht über die Ferienpassaktionen 2005**
- 16. Veranstaltungskalender - Antrag der WHU-Fraktion –**
- 17. Einrichtung von Familiengruppen in den Kindertagesstätten  
– Antrag der WHU -Fraktion –**
- 18. Elternbeitrag Verpflegungskosten in den Kindertagesstätten und der Offenen Ganztagschule - Antrag der WHU-Fraktion und des Herrn Rösel -**
- 19. Unterrichtungen / Anfragen**
- 20. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

**Zu Punkt 1 der Tagesordnung:**

**„Verpflichtung eines nicht der Gemeindevertretung angehörenden Ausschussmitgliedes“**

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung 17/2003-2008 am 23.08.2005 als neues bürgerliches Mitglied Herrn Holger Hoffmann in den Kultur- und Jugendausschuss gewählt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Wengler, verpflichtet das nicht der Gemeindevertretung angehörende Ausschussmitglied, Herrn Holger Hoffmann, durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in seine Tätigkeit ein.



**zu Punkt 2 der Tagesordnung:**  
**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Fragen durch Einwohnerinnen und Einwohner werden nicht gestellt.

**Zu Punkt 3 der Tagesordnung:**  
**„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 11/2003-2008 am 22.08.2005“**

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie gilt somit als genehmigt.

**Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**  
**„Zuschuss für ein Musical – Antrag der VHS“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen.

Der zur Sitzung eingeladenen Geschäftsführer der VHS, Herr Dr. Brems, stellt das Projekt nochmals näher vor. Er führt u. a. aus, dass die Aufführung des Musicals frühestens ca. Frühjahr 2007 erfolgen könnte. In Norderstedt hat bereits eine Musicalaufführung in ähnlicher Form stattgefunden.

Der Kultur- und Jugendausschuss hat bereits in seiner Sitzung am 22.08.2005 über den Antrag der VHS auf Bezuschussung des in Kooperation mit der Kreismusikschule geplanten Musicals „Das Dschungelbuch“ beraten.

Insbesondere wurde die VHS gebeten, beim Kreis Segeberg ebenfalls einen Antrag auf Bezuschussung des Projektes zu stellen. Der daraufhin von der VHS gestellte Antrag wurde vom Kreis mit Schreiben vom 13.09.2005 abgelehnt. Herr Dr. Brems nannte als Begründung das begrenzte Etat des Kreises, welches mit Zuschüssen in Höhe von 75 T€ für 2005 bereits ausgeschöpft sei. Das Kontingent wurde nach Prioritäten insgesamt an alle 16 VHS en im Kreis aufgeteilt.

Als zusätzlicher Sponsor hat sich jedoch die Sparkasse Südholstein bereit erklärt, für jede Aufführung 500,00 € zu spenden. Die „Gertraud und Heinz Manke – Stiftung“ stellt nach erfolgter Antragstellung eine Entscheidung erst für Anfang Januar 2006 in Aussicht. Herr Dr. Brems führt aus, dass die VHS weiterhin auf der Suche nach geeigneten Sponsoren für dieses Vorhaben ist.

Frau Rahl fragt, wie viele Darsteller an dem Vorhaben beteiligt und in welchem Alter diese sein sollen. Herr Dr. Brems antwortet, dass etwa 30 – 40 Darsteller im Alter von 10 – 15 Jahren bei der Aufführung mitwirken sollen.

Auf die Frage von Frau Hohn, ob alle Darsteller aus dem Ort kommen sollen, antwortet Dr. Brems, dass Bewerbern aus Henstedt-Ulzburg Priorität eingeräumt werde.

Frau Schmidt fragt, ob auch die Proben in Henstedt-Ulzburg stattfinden sollen. Dies bejaht Herr Dr. Brems.

Frau Rahl möchte wissen, weshalb die Eintrittspreise nicht erhöht werden, wenn die Einnahmen nicht ausreichen. Herr Dr. Brems antwortet, dass nicht alle Eltern finanziell in



der Lage seien, noch höhere Eintrittspreise zu zahlen. Gerade bei Familien mit mehreren Kindern stößt dies an die Zumutbarkeitsgrenze.

Frau Hohn fragt, ob außer der Sparkasse noch andere Sponsoren, z. B. andere Kommunen um Spenden gebeten wurden.

Herr Dr. Brems teilt mit, dass der Henstedt-Ulzburg Marketing e.V. und die HHG – Interessengemeinschaft für Handel, Handwerk und Gewerbe um Zuschüsse gebeten, die Anträge aber leider abgelehnt wurden. Anträge bei anderen Kommunen wurden bisher nicht gestellt.

Herr Hoffmann möchte wissen, ob von Seiten der VHS vorgesehen sei, der Gemeinde ein bestimmtes Kartenkontingent zur Verfügung zu stellen, welches dann frei, z.B. an Bedürftige vergeben werden könne.

Die VHS hat dies bisher nicht vorgesehen, schloss aber ein solches Verfahren nicht aus.

Frau Lessing befürwortet das Projekt der VHS und empfiehlt Herrn Dr. Brems, sich mit einem Sponsorenantrag ebenso an die VHS in Bad Segeberg und Kaltenkirchen zu wenden. Dieser Versuch wurde nach Aussage von Dr. Brems aufgrund der ihm bekannten finanziellen Lage der VHS Bad Segeberg noch nicht unternommen.

Von Frau Lessing wird der Wortlaut im Konzept der VHS kritisiert, wonach es die Gemeinde Henstedt-Ulzburg bisher nur in einem sehr begrenzten Umfang geschafft habe, sinnvolle Freizeitbeschäftigungen für Kinder und Jugendliche anzubieten. Dies sei so nicht richtig. Die Gemeinde habe in den letzten Jahren genügend Initiativen für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche entwickelt, auf welche sie aber an diesem Abend nicht näher eingehen möchte.

Frau Silberbauer fragt Herrn Dr. Brems, wie er sich vorstelle, den unter Berücksichtigung des geleisteten Zuschusses der Gemeinde noch offenen Restfinanzierungsbedarf in Höhe von 19.000,00 € zu decken.

Herr Dr. Brems verspricht sich noch einen Großteil aus Spenden von der „Gertraud und Heinz Manke – Stiftung“. Andererseits könnten die Eintrittspreise ggf. noch geringfügig erhöht oder einzelne Ausgaben gekürzt werden.

Frau Rahl merkt an, dass erst das Finanzierungskonzept stehen müsse, bevor das Projekt gestartet und von Seiten der Gemeinde ein Zuschuss gezahlt werden könne. Frau Silberbauer schließt sich dieser Auffassung an.

Frau von Bressensdorf berichtet, dass auch beim Alstergymnasium eine Musicalaufführung auf einem sehr hohen Niveau, jedoch mit weitaus geringeren Kosten in Vorbereitung ist. Sie gibt zu bedenken, dass hier kein Konkurrenzverhalten zwischen VHS und Schule eintreten darf.

Herr Dr. Brems stellt den Unterschied zwischen der VHS -und Schulaufführung dar. Bei der Umsetzung des Projektes soll eine fundierte Ausbildung für die Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 – 15 Jahren erreicht werden. Eine Konkurrenz zur Schule sei nicht beabsichtigt.

Herr Sievers ist der Ansicht, dass die Gemeinde dieses Projekt unterstützen sollte.



Frau Lessing sieht in diesem Projekt keine Konkurrenz zum Alstergymnasium.

Frau Marquis bemerkt, dass der angesprochene Personenkreis durch das angebotene Musical der Schulen ein älteres wäre, als der der VHS. Damit wäre keine Konkurrenz gegeben.

Frau Hohn erachtet den Zuschuss in Höhe von 5.000,- € als zu hoch.

Frau Lessing spricht sich dafür aus, dass Projekt erst nach gesicherter Finanzierung zu bezuschussen.

Herr Wengler beantragt, über den Zuschuss erst nach weiterer Sponsoreneinwerbung und nachgewiesener gesicherter Finanzierung zu entscheiden. Außerdem sollte das Ergebnis des Jahresabschlusses 2005 abgewartet werden. Eine Entscheidung über den Antrag wird Herrn Dr. Brems in der Sitzung im Februar 2006 in Aussicht gestellt.

Dann wird über den TOP 4 abgestimmt.

Der Vorschlag der  
Verwaltung,

**das von der VHS in Zusammenarbeit mit der Kreismusikschule geplante Musical-Projekt „Das Dschungelbuch“ einmalig mit 5.000,00 € zu bezuschussen und dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu empfehlen, die Mittel im Nachtragshaushalt 2006 bereit zu stellen,**

**Beschlussfassung:**

**wird mit  
4 Stimmen dafür (SPD-Fraktion/WHU-Fraktion) und  
7 Stimmen dagegen (CDU-Fraktion/Herr Hoffmann)  
abgelehnt.**

Der von Herrn Hoffmann  
unterstützte Antrag der  
CDU-Fraktion,

**über den Zuschussantrag für das Musical-Projekt  
„Das Dschungelbuch“ erst nach weiterer  
Sponsoreneinwerbung und durch die VHS  
nachgewiesener gesicherter Finanzierung zu  
entscheiden,**

**Beschlussfassung:**

**wird mit  
7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion u. Herr Hoffmann)  
3 Stimmen dagegen (Frau Lessing, Frau  
Schmidt, WHU-Fraktion)  
und 1 Stimmenthaltung (Herr Werner)  
angenommen.**



## **Zu Punkt 5 der Tagesordnung:** **„Kunst im öffentlichen Raum“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.

Der als Gast eingeladene Künstler, Herr Behrendt, stellt sein Entwurfsmodell ausführlich vor und erläutert seinen beruflichen Werdegang. Das Kunstobjekt soll ein Appell an den Betrachter sein, er soll sich damit identifizieren können. Aus diesem Grund sollen die Figuren in Lebensgröße und Bronze gefertigt werden. Herr Behrendt merkt an, dass auch eine Fertigung aus Stein oder Beton möglich sei. Dies sei zwar kostengünstiger, aber u. a. wegen des Transportes auch aufwendiger. Es sei durchaus denkbar, den Marktplatz Rhen in kreisrunder Form mit Findlingen einzugrenzen, welche von den Besuchern gleichzeitig als Sitzgelegenheiten genutzt werden könnten.

Frau von Bressendorf fragt, ob die Kosten bei lebensgroßer Gestaltung der Figuren gleich bleiben. Herr Behrendt bejaht dies.

Frau Lessing fragt, nach dem möglichen Material.

Herr Behrendt erwiderte, dass eine Verwendung von Granit zu teuer sei. Das Material Dolomit in seiner blau-grünen Farbe ist kostengünstiger und könnte Verwendung finden. Es wäre mit einem Gewicht von 3 – 5 Tonnen zu rechnen.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass bei der Planung des Projektes berücksichtigt werden müsse, dass auch wöchentlich Marktbetrieb stattfindet. Dieser dürfe nicht behindert werden.

Frau Lessing ist der Ansicht, dass das Projekt hinsichtlich der Präsenz in der Mitte der Marktfläche aufgestellt werden sollte. Der einmal wöchentlich stattfindende Wochenmarkt sollte bei der Platzwahl nicht ausschlaggebend sein.

Herr Wengler fragt Herrn Behrendt, ob er sich vorstellen könne, ähnliche Objekte auch in anderen Ortsteilen zu realisieren. Herr Behrendt reicht eine handgefertigte Skizze an die Ausschussmitglieder mit denkbaren Entwürfen für andere Standorte zur Ansicht weiter.

Frau Silberbauer fragt nach der Kostenersparnis bei Anfertigung der Objekte in Beton.

Herr Behrendt gibt die Ersparnis mit ca. 3.000,00 - 5.000,00 € an.

Es wird übereinstimmend beschlossen, über die Auftragsvergabe unter Ausschluss der Öffentlichkeit am Ende der Sitzung abzustimmen. Für die Beschlussfassung wurden auch die Entwurfsmodelle der Herren Engst und Schöning nochmals zur Ansicht bereitgestellt.



### **Zu Punkt 6 der Tagesordnung:**

### **„Finanzierung von Fördermaßnahmen für besonders leistungsfähige Schüler der Sekundarstufe“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.

Der Leiter des Alstergymnasiums, Herr Oberstudiendirektor Michael Höpner, bedankt sich für die Einladung und stellt heraus, dass die Wissenschaftswoche das Ziel verfolgt, mathematisch-naturwissenschaftlich begabte Mittelstufenschüler für die Physik zu begeistern und ihr Interesse an einem Physik-Leistungskurs und späterem Physikstudium zu wecken.

Im Anschluss an seine Worte übergibt er das Wort an Herrn Götsche. Er hat als Studienrat des Alstergymnasiums das Projekt der Wissenschaftswoche zusammen mit dem Diplom-Physiker Dr. Waldemar Tausendfreund bei der Firma DESY in Hamburg und Berlin inhaltlich und konzeptionell begleitet.

Herr Götsche stellt das Projekt in Kurzfassung vor. Er hat einige besonders begabte Schüler der Mittelstufe an seiner Seite, die selbst an dem Projekt teilgenommen haben und von ihren gesammelten Eindrücken berichten. Den Alltag gemeinsam mit Forschern und Physikern zu verbringen, war für alle sehr interessant und eine Bereicherung. Die Schüler/innen wurden oftmals bis zur Belastungsgrenze gefordert. Insgesamt war das Projekt, an welchem insgesamt 7 Jungen und 7 Mädchen teilgenommen haben, nach Einschätzung von Studienrat Herr Götsche, sehr erfolgreich. Das Ergebnis des Projektes reicht Herr Götsche als Anlage zum Protokoll ein.

Aufgrund der guten Ergebnisse ist für das Jahr 2006 die Wiederholung des Projektes geplant. An diesem sollen wieder viele Mädchen teilnehmen. Diese seien in der entsprechenden Alterstufe deutlich leistungstärker.

Das Projekt generell in den Herbstferien durchzuführen, hat sich bewährt. Es entsteht kein Unterrichtsausfall.

Frau von Bressensdorf fragt, ob sich diese Teilnahme der Schüler/innen darauf ausgewirkt habe, dass die Schüler später einmal diese berufliche Richtung einschlagen. Ein Schüler teilt mit, dass es - aufgrund des hohen Anspruchs, die diese Tätigkeit erfordert - noch nicht möglich sei, eine Antwort darauf zu geben.

Frau Lessing fragt Herrn Höpner, wie das Projekt „Deutsches Museum in München“ gelaufen sei.

Herr Höpner teilt mit, dass das Projekt schon länger läuft und es sich in seiner Qualität bewährt hat. Vier Schüler/innen mit besonderen mathematischen-naturwissenschaftlichen Begabungen haben im Jahr 2005 eine Förderung erhalten. 2006 soll dieses Projekt wiederholt durchgeführt werden.

Herr Süme fragt Frau Rektorin Hillebrenner, was die Realschule im Schulzentrum bezüglich der Förderung besonders begabter Schüler unternommen hätte.



Frau Hillebrenner teilt mit, dass Projekte in Zusammenarbeit mit der Kreismusikschule in Vorbereitung seien, dafür aber noch eine gewisse Vorlaufzeit benötigt werde. Es stehe in Aussicht, dass 2006 zwei oder drei besonders begabte Jugendliche entsprechend gefördert werden. Die voraussichtlichen Kosten werden ca. 1000,00 €/Jahr betragen. Ein konzeptioneller Vorschlag wird möglichst zur nächsten Sitzung eingereicht. Bei der Durchführung der Projekte könnte räumlich auf den momentan ungenutzten Werkraum und den unausgelasteten Computerraum zurückgegriffen werden.

Frau Lessing kritisiert, dass sich nicht alle Schulen an der Förderung begabter Schüler beteiligen. Personelle Gründe, die sich wegen eines fehlenden Schulleiters ergeben, sollten kein Grund dafür sein, Vorschläge anhand der vorgegebenen Zielsetzung zu unterbreiten. Mangelndes Leistungspotenzial der Schüler sollte Ansporn dafür sein, nach versteckten Begabungen bei den Schülern zu suchen und diese entsprechend zu fördern. Frau Lessing trägt weiterhin vor, dass das Projekt „Deutsches Museum“ ihrer Ansicht nach, nicht genügend Fördermöglichkeiten bietet. Es sollte getrennt darüber abgestimmt werden, ob beide Maßnahmen zukünftig als förderfähig anerkannt werden.

Der Ausschuss unterstützt diesen Vorschlag.

**Beschluss**

**Das Projekt „Deutsches Museum“ wird als förderfähig anerkannt.**

**Beschlussfassung:**

**7 Stimmen dafür (Frau von Bressendorf, Frau Rahl, Frau Silberbauer, Herr Süme, Herr Wengler, WHU-Fraktion und Herr Hoffmann)**

**4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion und Frau Hohn)**

**Beschluss**

**Das Projekt „DESY“ wird als förderfähig anerkannt.**

**Beschlussfassung:**

**einstimmig**

**Zu Punkt 7 der Tagesordnung:**

**„Durchführung der Schulbaumaßnahme Grundschule Ulzburg-Süd“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.

Er geht vorzugsweise auf die Vorteile von Variante 2 des Finanzierungskonzeptes, die „Öffentlich private Partnerschaft (ppp) mit herkömmlicher Finanzierung durch die Gemeinde“ ein. Diese Art der Finanzierung wird momentan in Kaltenkirchen für ein Projekt erprobt und durchgeführt und ist seiner Ansicht nach auch für das Projekt in Henstedt-Ulzburg vorstellbar.

Zur Entscheidungsfindung liegt dem Ausschuss die Prüfung der Investitionsbank vor. In der zusammenfassenden Beurteilung wird die Finanzierung nach dem PPP-Modell als Grenzfall eingeschätzt. Es wird deshalb empfohlen, die detaillierte Prüfung eines PPP-



Modells nach Klärung weiterer Randbedingungen, insbesondere der Finanzierungsstruktur und der Fördermittelkulisse sowie der Skizzierung einer schlanken Verfahrensdurchführung durchzuführen. Zur Entwicklung eines geeigneten PPP-Modells sollte der Kern des weiteren Vorgehens eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sein.

Frau Lessing fragt, welche Nutzung für den 2. Mehrzweckraum angedacht sei.

Frau Riemer antwortet, dass dieser - laut Beschlussfassung des Kulturausschusses von 1995 - als Musikraum genutzt werden sollte.

Herr Süme findet die Relation von 70/30 der Gruppen- bzw. Horträume zu den Personal- und Verwaltungsräumen nicht nachvollziehbar. Die Raumgröße sollte seiner Meinung nach optimiert werden. Außerdem fragt er, wieso ein Hausmeisterhaus benötigt wird. Dies wäre im Bau und seiner Unterhaltung sehr kostenaufwendig.

Herr Dornquast antwortet, dass das Verhältnis der Gruppenräume zu den Personalräumen wie im Raumprogramm dargestellt, angemessen sei. So könne z.B. die Personalküche auch der Essenausgabe an die Kinder dienen. Er bittet um Anerkennung des geplanten Raumprogramms für den Hort. Die Notwendigkeit eines Hausmeisterhauses begründet er mit der Schaffung eines Ansprechpartners vor Ort über den Schulbetrieb hinaus, z.B. für die künftige Nutzung der Sporthalle und des Sportplatzes durch die örtlichen Sportvereine oder die Annahme von Lieferungen außerhalb des Schulbetriebes. Das Projekt solle deshalb - vorbehaltlich weiterer dahingehender Prüfungen zur Notwendigkeit - mit den Bau- und Unterhaltungskosten für ein Hausmeisterhaus weiter verfolgt werden.

Frau Hohn und Frau Lessing sprechen sich dafür aus, dass das Raumprogramm aufgrund der genehmigten 3 – Zügigkeit ohne den zusätzlichen Mehrzweckraum umgesetzt werden soll. Es könnten damit Kosten in Höhe von 123.000,00 € eingespart werden.

Herr Sievers fragt, ob eine Fremdnutzung der künftigen Sporthalle als Wettkampfhalle mit Tribüne geplant ist.

Herr Dornquast teilt mit, dass nur eine Kleinsporthalle ohne Tribüne geplant sei, da Sporthallen von Grundschulen grundsätzlich keine Wettkampfhallen wären.

Herr Süme möchte wissen, ob eine vorzeitige Kredittilgung für die Gemeinde möglich sei.

Herr Dornquast informiert, dass dies möglich wäre, wenn es mit dem Finanzierungsträger vertraglich vereinbart wird. Mit der Entscheidung zur Variante 2 ist dies denkbar.

Frau Marquis möchte wissen, wie hoch die finanzielle Belastung aller drei Schulbau- und Finanzierungsvarianten im Vergleich zueinander ist. Herr Dornquast sagt eine Darstellung der Kosten der jeweiligen Finanzierungsvarianten 1 und 2 zur nächsten Sitzung zu. Hinsichtlich der Variante 3 gibt das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnung Aufschluss.

Frau Hohn schlägt vor, die einzelnen Finanzierungsvarianten in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu beraten. Die gemeinsame Sitzung soll nach Vorlage der Wirtschaftlichkeitsberechnung stattfinden.

Über das Raumprogramm und die Finanzierung wird getrennt abgestimmt.



**Beschluss:** Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt das genehmigte Raumprogramm für die 3-zügige Grundschule Ulzburg-Süd zustimmend zur Kenntnis. Er spricht sich dafür aus, das Raumprogramm mit folgenden zusätzlichen Raumerweiterungen umzusetzen:

Mehrzweckraum zusätzlich	10 m <sup>2</sup>
Lehrerzimmer zusätzlich	17 m <sup>2</sup>

Vorbehaltlich weiterer Prüfungen zur Notwendigkeit wird die Hausmeisterwohnung bei den Planungen vorerst berücksichtigt.

**Beschlussfassung:** einstimmig

**Beschluss:** Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt das Raumprogramm für 2 Hortgruppen zustimmend zur Kenntnis. Bei der Planung sollte eine mögliche Erweiterung auf 3 Gruppenräume berücksichtigt werden.

**Beschlussfassung:** einstimmig

**Beschluss:** Der Kultur- und Jugendausschuss spricht sich dafür aus, eine ppp- Wirtschaftlichkeitsberechnung durchzuführen zu lassen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, die Kosten der Finanzierungsvarianten 1 und 2 zur nächsten Sitzung darzustellen.

Nach Vorlage der Kostendarstellungen und der ppp- Wirtschaftlichkeitsberechnung erfolgt die Beratung über die Finanzierung der Schule in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

**Beschlussfassung:** einstimmig

#### **Zu Punkt 8 der Tagesordnung:**

**„Änderung der Satzung über die Benutzung öffentlicher Einrichtungen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg sowie über die Erhebung von Benutzungsgebühren“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.



Frau Rahl sieht in dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf in der Fraktion. Die Ausschussmitglieder kommen überein, das Thema zur Beratung in die Fraktionen zurück zu verweisen und die Beschlussfassung darüber bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

**Zu Punkt 9 der Tagesordnung:**  
**„Finanzielle Förderung der ATS-Suchthilfe“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.

Frau Lessing begrüßt den Verwaltungsvorschlag, der ATS - Suchthilfe ab dem Jahr 2006 einen Zuschuss auf der Grundlage der Schülerzahlen zum 01.07. des jeweiligen Vorjahres zu zahlen. Sie beantragt, den Pro-Kopf Zuschuss, welcher derzeit bei 3,89 € liege, auf 4,20 € anzuheben. Damit würde der Zuschuss wieder die gleiche Höhe wie vor der Kürzung 2003 erreichen.

Frau von Bressendorf spricht sich gegen die Erhöhung des Zuschusses für das Jahr 2006 lt. Verwaltungsvorschlag aus, da der Ausschuss hierüber bereits am 22.08.2005 beschlossen hat. Die Zuschüsse für 2006 sollten in der bisher geplanten Höhe von 3,89 €/Schüler (entspricht 13.300,00 €) beibehalten werden. Für den Haushalt 2007 sollte eine Neuvorlage der aktuellen Schülerzahlen erfolgen und auf deren Grundlage erneut beraten werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion,

**der ATS-Suchthilfe ab dem Jahr 2006 einen Zuschuss auf der Grundlage der Schülerzahlen zum 01.07. des jeweiligen Vorjahres für die präventive suchtvorbeugende Tätigkeit in den gemeindlichen Einrichtungen von 4,20 €/Schüler zu gewähren,**

**Beschlussfassung:**

wird mit  
**4 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion) und 7 Gegenstimmen (CDU-Fraktion und Herr Hoffmann) abgelehnt.**

Der von der Verwaltung eingebrachte Vorschlag,

**der ATS-Suchthilfe ab dem Jahr 2006 einen Zuschuss auf der Grundlage der Schülerzahlen zum 01.07. des jeweiligen Vorjahres für die präventive suchtvorbeugende Tätigkeit in den gemeindlichen Einrichtungen von 4,00 €/Schüler zu gewähren**

**Beschlussfassung:**

wird mit  
**1 Stimme dafür (Herr Hoffmann)  
6 Gegenstimmen (CDU-Fraktion) und  
4 Stimmenthaltungen (SPD-Fraktion,WHU-Fraktion)  
abgelehnt.**



**Beschluss:** Der Kultur- und Jugendausschuss beschließt, der ATS-Suchthilfe ab dem Jahr 2007 einen Zuschuss auf der Grundlage der Schülerzahlen zum 01.07. des Vorjahres in Höhe von 3,89 €Schüler zu gewähren.

**Beschlussfassung:** 6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)  
5 Gegenstimmen  
(SPD-Fraktion,WHU-Fraktion und Herr Hoffmann)

**Zu Punkt 10 der Tagesordnung:**  
**„Anhebung des Zuschusses für Jugendholungs- und Freizeitmaßnahmen und der Jugendgruppenleiterentschädigung sowie Änderung der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.

Frau Rahl sieht in dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf in der Fraktion. Die Ausschussmitglieder kommen überein, das Thema zur Beratung in die Fraktionen zurück zu verweisen und die Beschlussfassung darüber bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

**Zu Punkt 11 der Tagesordnung:**  
**„Bau einer Street-Fußball-Anlage“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.

Frau Silberbauer spricht sich gegen die Errichtung einer Street-Fußball-Anlage aus. Vom Kinder- und Jugendparlamentes wurde kein Bedarf an einer solchen Anlage gesehen. Vielmehr wird vorrangig der Bedarf an weiteren Streetball-Anlagen erhoben. Die Errichtung einer Street-Fußball-Anlage wäre außerdem sehr teuer.

Frau Schmidt und Herr Hoffmann befürworten eine kombinierte Streetball- / Street-Fußball-Anlage. Es wäre lediglich notwendig, zusätzlich Basketballkörbe anzubringen. Die Möglichkeit einer Finanzierung sollte geprüft werden.

Frau Dr. Riemenschneider war bei der Beratung des Kinder- und Jugendparlamentes dabei.

Unter den Jugendlichen wird die Meinung vertreten, dass sie lieber spontan auf der Wiese Fußball spielen. Sollte aber eine solche Anlage gebaut werden, befürworten sie die kombinierte Nutzung für Streetball und Street-Fußball.







**Zu Punkt 15 der Tagesordnung:**  
**„Bericht über die Ferienpassaktionen 2005“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses der Bericht der Leiterin der Jugendfreizeitheime, Frau Beyer, überreicht.

Herr Dornquast sieht hinsichtlich der relativ schlechten Beteiligung in 2005 noch keinen akuten Handlungsbedarf. Er schlägt vor, die Resonanz im Jahr 2006 abzuwarten und erst im Anschluss daran Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen.

Frau Horn fragt, ob die Kursangebote gegenüber dem Vorjahr teurer geworden sind.

Frau Riemer teilt mit, dass die Kosten - im Vergleich zu den Kursangeboten anderer Kommunen - im guten Mittelmaß liegen.

Frau Dr. Riemenschneider teilt mit, dass die Kinder und Jugendlichen eher zu spontanen Entschlüssen neigen. Mit dem Ferienprogramm müssten sie sich zu zeitig für bestimmte Veranstaltungen entscheiden. Entsprechend einer Umfrage ist die Beteiligung auch in den umliegenden Städten und Gemeinden zurückgegangen.

Frau Rahl bedauert, dass die Bemühungen der Politiker, Angebote für die Freizeitbeschäftigungen der Kinder und Jugendlichen zu schaffen, leider nicht im gewünschten Maße angenommen werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

**Zu Punkt 16 der Tagesordnung:**  
**„Veranstaltungskalender - Antrag der WHU-Fraktion“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses der Antrag der WHU-Fraktion zugegangen, der durch Frau Marquis ergänzend erläutert wird.

Der Antrag zielt darauf ab, die Kultur vor Ort zu stärken und zu stützen. Der Veranstaltungskalender solle in seiner Quantität und Qualität verbessert und in ansprechender Form, eventuell einer Broschüre, der Öffentlichkeit präsentiert werden. Weiterhin solle eine zentrale Anlaufstelle für den Kulturbetrieb eingerichtet werden. Diese solle der besseren Kommunikation unter den Kulturschaffenden dienen und eine optimale Koordination von Veranstaltungen ermöglichen. Die jetzige Methode schließe Überschneidungen von Veranstaltungen leider nicht aus.

Frau Lessing stellt die Frage, wer die Koordination der Veranstaltungen vom Umfang leisten solle. Die Kulturvereine seien aufgrund ihrer umfangreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten kaum dazu in der Lage.

Frau Hohn bemerkt, dass die Verwaltung aus finanziellen Gründen keine zusätzliche Personalstelle dafür schaffen könne. Sie schlägt deshalb vor - analog des Sportrates - einen Kulturrat zu bilden.



Herr Dornquast nimmt Bezug auf den jetzigen Veranstaltungskalender bzw. auf die bestehende Möglichkeit, sich über das Internet über die verschiedensten Veranstaltungen zu informieren. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass zusätzliche Tätigkeiten durch die Verwaltung personell nicht leistbar sind.

Frau Lessing verlässt kurz den Raum.

Nach ihrer Rückkehr teilt sie mit, dass sie den Antrag der WHU unterstütze. Von der Verwaltung wäre aber keine umfangreichere Koordination leistbar.

Frau Honerlah befürwortet den Antrag der WHU, sieht aber Probleme in der personellen Durchführung. In der Stadt Kaltenkirchen wird diese Aufgabe z.B. durch den Stadtarchivar wahrgenommen.

Frau Schmidt macht den Vorschlag, eine Interessengruppe zu bilden, welche unabhängig von der Gemeinde den Veranstaltungskalender koordiniert.

Frau von Bressensdorf lehnt den Antrag der WHU mit der Begründung ab, dass es nicht Aufgabe der Verwaltung sei, eine Anlaufstelle für den Kulturbetrieb einzurichten.

Herr Sievers unterbreitet den Vorschlag, den Veranstaltungskalender unter Federführung der Gemeinde mittels Werbung privat zu finanzieren.

Herr Hoffmann befürwortet den Antrag der WHU und schlägt die Lösung auf elektronischem Wege vor. Die bereits vorhandene Internetseite solle inhaltlich umfangreicher gestaltet werden.

Frau Horn und Frau Lessing schließen sich seiner Meinung an.

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, für eine umfangreichere inhaltliche Pflege des Veranstaltungskalenders im Internet ein Konzept mit Kostenanalyse zu entwickeln.**

**Beschlussfassung:**

**9 Stimmen dafür (Frau Hohn, Frau Silberbauer, Frau Schmidt, Herr Süme, Herr Werner, Herr Wengler, SPD-Fraktion, WHU-Fraktion und Herr Hoffmann)**

**1 Gegenstimme (Frau von Bressensdorf)**

**1 Stimmenthaltung (Frau Rahl)**

**Zu Punkt 17 der Tagesordnung:**

**„Einrichtung von Familiengruppen in den Kindertagesstätten – Antrag der WHU-Fraktion“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses der Antrag der WHU - Fraktion zugegangen, der durch Frau Honerlah ergänzend erläutert wird.



Die Anmeldezahlen in den Kindertagesstätten werden in den nächsten Jahren rückläufig sein. Der Antrag der WHU-Fraktion zielt darauf ab, dem steigenden Bedarf an Krippenplätzen zu begegnen. Damit sollen auch unter 3 – Jährige verstärkt die Möglichkeit erhalten, eine Kindertagesstätte wohnortnah zu besuchen. Es sollten Familiengruppen eingerichtet werden, in denen ein- bis sechsjährige Kinder gemeinsam betreut werden.

Herr Dornquast teilt mit, dass der Bedarf momentan noch nicht genau zu erkennen ist. Zurzeit werden immerhin durchschnittlich 23 Kinder in einer Gruppe betreut. Zwar sei ein Trend zur Verkleinerung der Gruppen erkennbar, konkret absehbar sei dies vermutlich aber erst in 2 – 3 Jahren.

Herr Wengler führt aus, dass auf Landesebene die Änderung des Kindertagesstätten-gesetzes in Vorbereitung sei. Das Gesetz soll nächstes Jahr verabschiedet werden. Aufgrund dessen spricht er sich dafür aus, dass vor Gesetzesänderung keine Entscheidung durch den Kultur- und Jugendausschuss getroffen werden sollte.

Frau Horn spricht sich aus pädagogischer Sicht für das Konzept der WHU aus. Es sei sehr wahrscheinlich, dass sich der Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen ändern werde, da immer mehr Mütter berufstätig sind. Sie ist darüber informiert, dass das abzuwartende neue Gesetz diesem Bedarf Rechnung tragen soll und empfiehlt dem Ausschuss, den TOP bis zum nächsten Jahr zurückzustellen.

Herr Sievers gibt zu bedenken, dass sich in den Umlandgemeinden bereits jetzt der ansteigende Bedarf abzeichnet. So werden durch eine Kindertagesstätte in Kisdorf gegenwärtig 5 Kinder in der Altersgruppe von 0 – 3 Jahren betreut. Auf der Warteliste stehen 17 Kinder dieser Altersgruppe. In Henstedt-Ulzburg solle deshalb zügig auf diese Tendenz reagiert werden.

Herr Dornquast teilt mit, dass das Problem so schnell nicht zu realisieren sei. Die vorhandenen Kapazitäten sind z. Zt. voll ausgeschöpft.

Frau Lessing beantragt, den TOP in die Fraktionen zurückzuweisen.

Hierauf einigen sich die Ausschussmitglieder einstimmig.

### **Zu Punkt 18 der Tagesordnung:**

#### **"Elternbeitrag Verpflegungskosten in den Kindertagesstätten und der Offenen Ganztagschule - Antrag der WHU-Fraktion und des Herrn Rösel"**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses der Antrag der WHU-Fraktion und des Herrn Rösel zugegangen, der durch Frau Marquis ergänzend erläutert wird.

In der Vergangenheit hätten sich viele Eltern beschwert, dass das Mittagessen in den Kindertageseinrichtungen und der offenen Ganztagschule am Beckersberg zu teuer sei. Die Verwaltung solle kostengünstigere Angebote erarbeiten.

Herr Dornquast gibt zu bedenken, dass auf Wunsch der Eltern die Küchen in den Kindertageseinrichtungen vor einigen Jahren eingerichtet wurden. Der Kostenaufwand war damals sehr hoch. Aufgrund dessen habe die Gemeinde die Mittagessenverpflegung für



die offene Ganztagschule an externe Anbieter ausgeschrieben. Die Gremien hatten dem zugestimmt. Soweit ihm bekannt sei, ist das Essen qualitativ gut.

Herr Dornquast schlägt vor, die Mittagessenversorgung für die Kindertageseinrichtungen ab dem Betreuungsjahr 2006/2007 ebenfalls von Großküchen durchführen zu lassen. Das Essen sei für einen niedrigen Preis in einer guten Qualität lieferbar. Die Verwaltung würde dafür entsprechende Angebote einholen. Im 1. Quartal 2006 wären auch die Konsequenzen für das vorhandene Küchenpersonal abzuwägen.

Frau Honerlah möchte wissen, ob auch die Möglichkeit besteht, aufzuwärmende Tiefkühlkost anzubieten.

Herr Dornquast teilt mit, dass dies nicht ausgeschlossen wird.

Der TOP wird auf das 2. Quartal 2006 vertagt.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sind sich die Ausschussmitglieder einig, den in nicht öffentlicher Sitzung zu beratenden TOP 5 vorzuziehen. Herr Wengler schließt die Öffentlichkeit aus.

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung:**  
**„Kunst im öffentlichen Raum“**

siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Im Anschluss an die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Herr Wengler die Öffentlichkeit wieder her.

**Zu Punkt 19 der Tagesordnung:**  
**„Unterrichtungen / Anfragen“**

Zu a) – d) ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen.

**a) Einrichtung einer Schulsprechstunde – Antrag der SPD-Fraktion**

Den Ausschussmitgliedern wurde in der Beratungsvorlage zur Kenntnis gegeben, dass sich die Schulen gegen die Durchführung einer regelmäßigen Schulsprechstunde ausgesprochen haben.

Frau Lessing bemängelt hinsichtlich der vom Alstergymnasium eingesetzten Beratungslehrer, dass Lehrer erst nach teilweise 17 – jähriger Tätigkeit als solche ausgebildet werden. Ein Biologielehrer wäre ihrer Ansicht nach für diese Tätigkeit ungeeignet. Sie kritisiert, dass die weiterführenden Schulen keinen weiteren Bedarf an einer Schulsprechstunde sehen.



## **b) Belegung der Kindertageseinrichtungen/schulvorbereitende Erziehung**

Die aktuelle Belegung der Kindertageseinrichtungen sowie die Inanspruchnahme der schul- vorbereitenden Maßnahmen werden den Ausschussmitgliedern in einer Übersicht zur Kenntnis gegeben.

## **c) Statistik Freibadsaison 2005**

Herr Dornquast erläutert die Beratungsunterlage ergänzend.

## **d) Öffnungszeiten der Jugendforen**

Herr Dornquast erläutert die Beratungsvorlage ergänzend.

Aus kriminalpräventiven Gründen sind seit Oktober 2005 die Öffnungszeiten der Jugendfreizeitheime an den Freitagen bis 22.00 Uhr verlängert worden. Er schätzt, dass die erweiterten Öffnungszeiten von den Jugendlichen positiv aufgenommen werden. Mitte Dezember 2005 wird entschieden, ob die verlängerte Öffnung auch ab 2006 fortgesetzt wird.

## **e) Auswertung der Fragebögen zum Weltkindertag am 17.09.2005**

Zu diesem TOP wurde den Ausschussmitgliedern eine Tischvorlage überreicht. Im Einvernehmen aller Ausschussmitglieder wird der TOP in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

## **f) Antrag des Musikzuges Alstergarde**

Der Verwaltung liegt ein Antrag des Musikzuges „Alstergarde“ e.V. auf kostenlose Nutzung von Räumlichkeiten der Grundschule Ulzburg vor. Der Vorsitzende, Herr Martens, bittet um die Bereitstellung von gemeindlichen Räumlichkeiten für die wöchentlich stattfindenden Schreitübungen des Musikzuges. Die nach der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren mögliche kostenfreie Nutzung des Bürgerhauses sei wegen hoher Belegungszahlen meistens nicht möglich. Außerdem wirke sich der enorme Geräuschpegel nachteilig auf die Durchführung anderer Veranstaltungen im Bürgerhaus aus.

Frau Honerlah gibt zu bedenken, dass derartige Veranstaltungen nicht zur Belästigung der Anwohner führen dürften, insbesondere wenn diese im Außenbereich stattfänden.

Herr Dornquast teilt mit, dass die Übungen überwiegend in geschlossenen Räumen stattfinden sollen.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass dem Musikzug Alstergarde unter dem Vorrang schulischer Veranstaltungen eine Ausnahmegenehmigung zur kostenlosen Nutzung von Räumlichkeiten der Grundschule Ulzburg erteilt werden soll.

## **g) Antrag Jugendrotkreuz auf kostenlose Nutzung von Schulräumen**

Der Verwaltung liegt ein Antrag der Leiterin des Jugendrotkreuzes Henstedt-Ulzburg, Frau Vollmer, vor. Die Abteilung Jugendrotkreuz des Deutschen Roten Kreuzes Henstedt-Ulzburg, beabsichtigt den alljährlichen Kreiswettbewerb im Jahr 2006 innerhalb der



Gemeinde durchzuführen. Frau Vollmer beantragt die kostenlose Nutzung von Räumlichkeiten in einer Schule des Ortes.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, den Antrag vorerst in den Fraktionen zu beraten.

#### **h) Antrag der HSG auf kostenlose Nutzung der Schulräume beim Ulzburg-Cup 2006**

Der Verwaltung liegt ein Antrag des 2. Vorsitzenden der Handball-Spielgemeinschaft Henstedt-Ulzburg (HSG), Herrn Giesecke, vor. Die HSG veranstaltet im Jahr 2006 den 30. Ulzburg - Cup International, eines der größten Jugend-Handball-Turniere Norddeutschlands mit überregionaler Bedeutung. Viele Kinder und Jugendliche nehmen am Ulzburg - Cup teil. Die Veranstaltung ist nach Einschätzung des Vereins ein wichtiger Eckpfeiler in der sozialen Entwicklung der Heranwachsenden. Der Verein beantragt für das Ulzburg - Cup 2006 die Befreiung von sämtlichen Gebühren. Ersatzweise bittet er um einen Zuschuss in entsprechender Höhe.

Herr Dornquast weist darauf hin, dass der HSG für die Jugendturniere nach der Satzung über die Benutzungsgebühren bereits eine Ermäßigung von 50 % der Gebühr gewährt wird.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, den Antrag vorerst in den Fraktionen zu beraten.

#### **Zu Punkt 20 der Tagesordnung:**

#### **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Herr Köhlmann - Thater von der Lokalen Agenda stellt die Frage, weshalb der Musikzug Alstergarde unbedingt in der Grundschule Ulzburg proben möchte. Er informiert darüber, dass die Aula nur über einen sehr mangelnden Lärmschutz verfügt.

Herr Dornquast entgegnet, dass der Musikzug nur ausnahmsweise im Außenbereich üben dürfe. Sollte es tatsächlich zu Lärmbeschwerden der Anlieger kommen, müsse die Angelegenheit ggf. erneut beurteilt werden.

Im Anschluss schließt Herr Wengler die Sitzung.

gez. Wilfried Wengler  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Andrea Müller  
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast  
(Bürgermeister)